

## **Corona-Krise: Menschheitsfrage – Klassenfrage. Wer sich nicht wehrt, lebt auch jetzt verkehrt!**

Die Corona-Krise stellt nicht nur uns Marxisten vor ähnlich große Herausforderungen wie der Zusammenbruch und die Zerstörung der sozialistischen Staaten, und das auf allen Ebenen: ideologisch, politisch, organisatorisch und auch kulturell. Viele sprechen von einer Weggabelung.

Ich will nichts wiederholen, was wir bereits in unserer [Erklärung](#) der DKP Saarland geschrieben haben, die auf äußerst positive Resonanz fiel. Ich will mich auf die ideologischen und politischen Fragen konzentrieren.

Ideologisch muss die aktuelle Situation uns herausfordern, weil sie in kaum gekannter Weise Menschheits- und Klassenfragen miteinander verschränkt. Die dialektischen Zusammenhänge und Widersprüche bringen so manchen ins Straucheln.

Da wird auf Plattformen wie Rubikon über die „große Übung“ verschwörungstheoretisch fabuliert. Allen Ernstes schlägt da z. B. ein Autor (Sven Böttcher) auf Rubikon vor, alten Menschen die intensivmedizinische Behandlung zu verweigern, weil die doch eh bald alle sterben – wohlgemerkt jemand, der sich als links versteht.

Böttcher ist da übrigens auf einer Linie mit dem Vize-Gouverneur von Texas. Der sagt in einem Fernsehinterview: Es könne nicht sein, dass die Wirtschaft der Coronakrise geopfert werde. Man müsse wenigstens diskutieren, ob nicht die älteren Bürger geopfert werden sollten.

Ein weiteres Beispiel ist der Österreicher Hannes Hofbauer, der vor einiger Zeit eine angeblich linke Kritik der Migration verfasst hat. Er schreibt von „vollkommener Entrechtung aller Menschen in Deutschland, Österreich und praktisch ganz Europa“, von einer „vollendeten Dystopie“, von „Corona-Wahn“. Alles ist für ihn nur Vorwand, das Virus sei ehe eine Reichenseuche, weil sie sich hauptsächlich durch Vielreisende und Skiurlauber verbreitet habe. Wir haben es mit einer tiefen ideologischen Krise in großen Teilen des linken Spektrums zu tun.

Da sind aber auch viele Linke, die in der Situation von „Burgfrieden“ und „Notstandsübung“ schreiben. Hier verlassen manche den schmalen Grat in der Beurteilung von objektiven Notwendigkeiten zur Bekämpfung des Virus und dem Ausnutzen der Situation. Natürlich werden jetzt auch Grenzen getestet, um weitere demokratische Rechte auch langfristig abzubauen. Aber wenn jemand glaubt, die wirtschaftlich und politisch Herrschenden würden diese Krise bewusst ausgelöst haben, dem ist nicht zu helfen. Und natürlich ähneln sich die Maßnahmen in China, Südkorea und Europa, weil sich Wissenschaftler international vernetzen, weil sie versuchen, möglichst viele Informationen über das Virus zu erhalten, auszuwerten und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Warum manche Linke die Ausgangssperren in China gut fanden und in Europa nicht, kann ich nicht mehr nachvollziehen. Es erinnert mich fatal an unsere frühere Argumentation zur Kernenergie vor Tschernobyl.

Wir haben es wirklich mit einer Krise der gesamten Menschheit zu tun, deshalb trifft auch der Begriff Pandemie zu. Die Welt benötigt dringend eine friedliche Koexistenz in dieser Zeit, um Ressourcen frei zu machen. Der UN-Generalsekretär ruft zu einem sofortigen Waffenstillstand weltweit auf, um der Krise zu begegnen. Gleichzeitig verläuft die Krisenbearbeitung natürlich nicht klassenneutral. Die Kapitalisten versuchen, sich Vorteile zu verschaffen, versuchen ihre Konkurrenzbedingungen für den Neustart zulasten der Konkurrenz und der Arbeitenden zu verbessern. Die nächste Welle der Kapitalkonzentration durch Firmenübernahmen wird bereits vorbereitet und Blackrock macht auf Staatskosten Reibach mit Leerverkäufen, die international sofort verboten werden müssten. Und das geht dann im Kleinen bis zu den Skandalen um die US-Senatoren, die bereits Ende Januar über den Geheimdienst vor dem Virus gewarnt wurden und daraufhin ihre Aktienpakete verkauften, gleichzeitig aber in der Öffentlichkeit die Lage verharmlost haben. Da liegen die wirklichen Widersprüche, hier zeigt sich die Fratze des Systems und das muss verbreitet werden, nicht irgendwelche kruden Verschwörungstheorien, die mit Ängsten arbeiten, um Gehör zu finden. Der

Klassenkampf von oben macht keine Pause und der von unten sollte das auch nicht tun, trotz aller Probleme.

Und dennoch kann man in dieser Situation nicht einfach verbalradikal auf dem IG-Metall-Krisenabschluss rumhacken, ohne nach den Alternativen zu fragen. Was hätten Arbeitskämpfe in Kurzarbeit gebracht, noch dazu in einer Situation, in der die Belegschaft zutiefst verunsichert ist und bereit ist, fast alles für die Arbeitsplatzsicherung zu geben? Natürlich muss man sich immer fragen, ob der Kompromiss in dieser Situation soweit hätte gehen dürfen und welche Rolle Illusionen in die Politik und Sozialpartnerschaft dabei spielen. Aber diesen Abschluss zu verdammen, das sollte uns fern liegen. Und außerdem: Die Tarifrunde wurde unterbrochen, nicht abgeschlossen. Merkllich schmallippiger sind viele, wenn es um die Bereiche geht, in denen jetzt rein objektiv das Druckpotential höher geworden ist. Denn jetzt sind es nicht die Industriebetriebe, in denen Fortschritte durchsetzbar wären, sondern der Gesundheitssektor, der Einzelhandel, die Feuerwehr. Wie wird verhindert, dass es am Ende des Tages trotz aller Beteuerungen nur beim Beifallklatschen bleibt? Die Herrschenden fürchten die Kampferfahrungen der Pflegerinnen und Pfleger. Sollen diese jetzt in dieser Situation als letzten Ausweg wieder dazu gezwungen werden mit Ultimativen die notwendigen Verbesserungen im Interesse aller durchzusetzen? Es geht nicht um Besserwisseri. Sicher hängt es auch am Organisationsgrad in den einzelnen Bereichen, ob so etwas realistisch ist. Im Gesundheitssektor hat es jahrelange Vorbereitung von mutigen Kolleginnen und Kollegen gebraucht, bis man an diesem Punkt war. Gesellschaftliche Zustimmung für diese Maßnahmen gäbe es aber allemal. Es sollte diskutiert werden. Im Gesundheitssektor geht es zu mindestens in diese Richtung.

Der zweite Bereich, der uns politisch fordert, ist der der demokratischen Rechte. Sieht man sich international um, wird deutlich, dass die Krise für einige Staatsführer eine weitere willkommene Gelegenheit darstellt, ihren Handlungsspielraum zu erweitern und Demokratie abzubauen. Es sind vor allem die üblichen Verdächtigen: Netanjahu, Orban, wohl bald auch Trump. In abgemilderter Form aber auch Kurz und Macron. Wir bleiben dabei: **Der Datenschutz und die Rechte des Parlaments dürfen auch in Zeiten größter Krisen nicht eingeschränkt werden.** Es darf in dieser Situation kein Gewöhnungseffekt nach weniger Demokratie entstehen. Deshalb müssen jetzt gleichzeitig demokratische Rechte **ausgebaut** werden:

- Mehr Transparenz über die Arbeit von Parlamenten, Ausschüssen und der Regierung – Schluss mit den Mauscheleien!
- Mehr Mitbestimmung in den Betrieben, auch bei Arbeitsplatzabbau und Investitionen!
- Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung, weniger Hürden für Begehren – auch im Saarland!

Der dritte Bereich ist der soziale und betriebliche. Hier muss der Gesundheitsschutz Vorrang vor Profitinteressen haben. Derzeit versuchen einige Konzerne wie Festo und Michelin sich einen Vorteil gegenüber der internationalen Konkurrenz zu verschaffen, in dem sie bis zur letzten Patrone weiter produzieren. Wir haben die Einstellung nicht lebensnotwendiger Produktion gefordert oder alternativ die Umstellung auf benötigte Produkte, insbesondere auf medizinisch notwendige wie Schutzkleidung und Masken. Diese Woche hat der verdi-Chef die Verpflichtung zur Produktion dieser Güter gefordert. Es wird deutlich: **Der Gesundheitsmarkt hat noch nie im Interesse der Menschen funktioniert.** In dieser Krise wird dieser Markt zum „Wilden Westen“, wie ein Zuständiger es formuliert hat. Wucher und Diebstahl bestimmen mittlerweile dieses Geschäft mit der berechtigten Angst vor Ansteckung. In dieser Krise muss mit dem Einstieg in den Ausstieg aus dem privaten Geschäft mit der Gesundheit von Menschen begonnen werden. Das ist eines der wichtigsten Lehren aus der jetzigen Lage.

Wie sehr die Gesundheitsbeter des Kapitalismus Angst vor solchen Konsequenzen haben, kann man derzeit täglich in den Medien verfolgen. Da warnt Stefan Vetter in der Saarbrücker Zeitung vor sozialistischen Träumereien und Wirtschaftsminister Altmeier bedauert zwar die laufende Entlassungswelle, aber das sei halt normal in der Marktwirtschaft. Sie fürchten wie Macron, der die

Rentenpläne auf Eis gelegt hat, die Wut der Menschen auf dieses System. Sie setzen darauf, dass alles dem Virus angelastet wird und nicht dem Krisensystem, das nun ja nachweislich schlecht auf eine solche Herausforderung vorbereitet ist.

Jetzt muss es wieder der Staat richten. Dabei werden mittlerweile weltweit einige Billionen aufgerufen, um wie in den letzten Krisen Konzerne und Banken zu retten. Bei den Arbeitenden und Arbeitslosen, aber auch beim Mittelstand kommen nur noch ein Paar Brotkrumen an. Auch hier muss ein Einstieg in einen Politikwechsel erfolgen. Wir brauchen in der Krise darüber hinaus eine Initialzündung für den sozial-ökologischen Umbau. Deshalb müssen Schutzschirme für Unternehmen in der Krise verbunden werden mit der Auflage, klimaschädliche Produktion langfristig, aber geplant umzustellen. Denn: **Die Klimakrise muss parallel zur Coronakrise bearbeitet werden.** Und dies alles muss finanziert werden von denen, die mit ihrer Profitmacherei über Jahrzehnte Vermögen angehäuft haben, die jetzt im Gesundheitswesen oder beim Klimaschutz fehlen.

Und nicht zuletzt muss diese Krise den Einstieg in eine neue Entspannungspolitik bringen. Wir sehen, dass Abschottungen und Nationalismus keine Lösungen bieten sondern nur Zusammenarbeit und Abbau von Feindseligkeiten. Der Einsatz von Ärzten und Pflegekräften aus China, Cuba und Russland in Oberitalien zeigt, was die Lösung sein kann.

**Es wird immer deutlicher: Wo der Profit an erster Stelle steht, sterben Menschen.** Als Kommunist muss man jetzt schon den Papst zitieren: „Dieses System tötet!“. Und das vor allem auch an den Außengrenzen der EU. Die Menschen auf den griechischen Inseln sind dem Virus hilflos ausgeliefert, Abschiebungen werden weitergeführt und NATO-Generalverbrecher Stoltenberg fordert, die Aufrüstung unvermindert fortzusetzen. Die Barbarei der kapitalistischen Verhältnisse hat eine neue Qualität erreicht!

Natürlich müssen jetzt alle staatlichen Ressourcen zur Milderung der Krise eingesetzt werden, auch die der Bundeswehr. Wir wehren uns aber dagegen, dass im Zuge dieser Maßnahmen versucht wird, die Bevölkerung an Bundeswehreinmärsche im Inneren zu gewöhnen. **Wir fordern den Aufbau ziviler Hilfseinrichtungen und den Abbau militärischer Präsenz in der Gesellschaft.**

Wir können uns ein Gegeneinander, eine weitere Aufrüstungsspirale einfach nicht mehr leisten, wenn uns dieser Planet nicht um die Ohren fliegen soll. Deshalb: Abrüstung jetzt - Für Gesundheit, Klima und soziale Absicherung in der Krise. Schluss mit den Sanktionen gegen andere Staaten! Sofortiger Stopp aller Militärübungen – gerade der Flugübungen über dem Saarland, die die Bevölkerung zusätzlich belasten.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern von den politisch Verantwortlichen in Bund und Land den maximal möglichen Schutz der Saarländerinnen und Saarländer sowie entschiedene Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung des Virus. Wir fordern mehr Schutz für Beschäftigte, die in lebensnotwendigen Sektoren arbeiten, im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Einzelhandel oder bei den Verkehrsbetrieben. Gesundheit und soziale Absicherung muss einen höheren Stellenwert erhalten als der Profit!

Thomas Hagenhofer

Saarbrücken, 26.03.2020